

Änderung der Bundespflegesatz- verordnung?

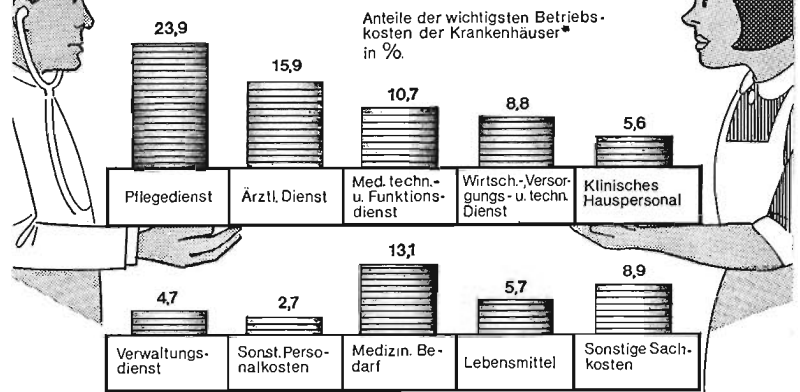
Der Ende 1975 vom Bundeskabinett verabschiedete Erfahrungsbericht über das Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Bundespflegesatzverordnung bescheinigt erstmals amtlich, daß ein wesentliches Ziel des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, nämlich zu „sozial tragbaren Pflegesätzen“ beizutragen, nicht erreicht wurde. Auf Grund einer parlamentarischen Anfrage des CDU/CSU-Abgeordneten Gerhard Braun sagte der Parlamentarische Staatssekretär des

Bundesgesundheitsministeriums, Karl Fred Zander, daß die Bundesregierung zur Zeit prüfe, ob und in welchem Umfang Änderungen der Bundespflegesatzverordnung notwendig seien. Die zum Teil sehr gegensätzlichen Vorschläge zur Änderung der Bundespflegesatzverordnung reichen von der Forderung nach Wiedereinführung früherer Regelungen – wie zum Beispiel der gesonderten Berechnung von Nebenkosten – bis zu der Forderung nach einem stärkeren Einfluß von Krankenkassen und Krankenhausträgern bei der Festsetzung der Pflegesätze und der Schaffung wirtschaftlicher Anreize für den Krankenhausträger. DÄ

Rentenversicherungen fördern sozialmedizinische Forschungsprojekte

Mit insgesamt 1,5 Millionen DM wollen die Rentenversicherungsträger im Jahr 1976 Forschungsvorhaben im sozialmedizinischen Bereich fördern. Die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) stimmte einem entsprechenden Vorschlag zu, „um langfristig wissenschaftlich gesicherte Grundlagen über die Wirksamkeit von Rehabilitationsmaßnahmen zu erhalten“. DÄ

Nur 5,7 Prozent vom Krankenhausaufwand fürs Essen



*Auswertung der Selbstkostenblätter von 17 Krankenhäusern

Was der Patient vom Krankenhausaufwand vor allem bemerkt und in seinem Wert auch sachverständig einschätzen kann, ist das ihm servierte Essen. In- des entfallen nur 5,7 Prozent vom Krankenhausaufwand auf den Einkauf von Lebensmitteln. Der Anstieg der Pflegesätze wird – wie die Krankenhausrechnung ausweist – durch die Entwicklung bei anderen Kostenblöcken verursacht

Polytoxikomanie: Kein sozialer Aufstieg mehr

Eine Repräsentativerhebung in den psychiatrischen Krankenhäusern der Bundesrepublik zu den derzeit relevanten Erscheinungsformen der Sucht ergab, daß praktisch kein sozialer Aufstieg der Patienten mehr stattfindet, wenn in den letzten drei Monaten vor der stationären Aufnahme mehr als vier verschiedene Stoffgruppen eingenommen worden waren. Der Anteil der unter Ausbildungsniveau Tätigen wuchs mit der Anzahl der benutzten Substanzen. Bei der Aufschlüsselung der „Hauptabhängigkeiten“ standen nach Alkohol barbituratfreie Schlafmittel, Sedativa und Tranquillizer an der Spitze. Mehr als ein Drittel aller stationär behandelten Patienten – darunter mehr Frauen als Männer – waren polytoxikoman, das heißt, sie benutzten mehrere psychotrope Stoffe.

Diese Angaben macht Professor Dr. med. K. Wanke, Leiter der Ab-

teilung für Klinische Psychiatrie II im Klinikum der Universität Frankfurt, in einem Aufsatz „Untersuchungen zur Polytoxikomanie“ in der im Deutschen Ärzte-Verlag erscheinenden Zeitschrift „Monatskurse für die ärztliche Fortbildung“ (Heft 2, Seite 56/59). Neben den genannten Erhebungen bei stationären Patienten weist Professor Wanke auf die Caritas-Studie 1974/75 hin, bei der sich ergab, daß unter den ambulant behandelten Suchtkranken jeder fünfte Patient polytoxikoman war. Eine strenge Trennung zwischen mißbräuchlichem Alkohol-, Rauschmittel- und Arzneimittelkonsum sei daher in der Praxis immer weniger möglich.

Der Mehrfachgebrauch (Polytoxikomanie) überwiegt eindeutig bei den Altersgruppen bis zu dreißig Jahren, bei Älteren überwiegt der Mißbrauch eines Mittels. Meist bleibt es bis zu einem halben Jahr beim Einfachgebrauch, dann folgt auf die Dauer bis zu fünf Jahren der Mehrfachgebrauch, danach setzt sich erneut die Neigung zum Einfachgebrauch durch. Die Ent-

scheidung für Polytoxikomanie liegt also im kritischen Zeitraum zwischen ein und fünf Jahren des Mißbrauchs. In diesem Abschnitt, schreibt Professor Wanke, erfolgt die Auseinandersetzung der Persönlichkeit mit der Abhängigkeit und mit ihren sozialen Implikationen. r-h

Krankenstand gesunken

Auf durchschnittlich 5,3 Prozent der pflichtversicherten Mitglieder ist der Krankenstand in der gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr zurückgegangen — gegenüber 5,5 Prozent im Jahr 1974 und 5,9 Prozent im Jahr 1973.

Diese Entwicklung bestätigt nach Ansicht des Bundesarbeitsministeriums wieder die Beobachtung, daß Zeiten einer abflauenden Konjunktur mit einer fallenden Krankenhaushäufigkeit einhergehen. Auch im Rezessionsjahr 1967 hat der Krankenstand einen vorübergehenden Tiefpunkt erreicht.

Nach Angaben des Bonner Ministeriums gab es im Durchschnittsmonat Oktober 1975 im Vergleich der Kassenarten bei der Bundesknappschaft mit 9,4 Prozent den höchsten Krankenstand und bei den Landwirtschafts-Krankenkassen mit 1,2 Prozent den niedrigsten. Dazwischen lagen die Betriebskrankenkassen mit 6,6 Prozent, die Orts- (5,6) und die Ersatzkassen (4,1 Prozent). DÄ

Achtung, Kollegen, laßt Euch nicht verschaukeln!

Seit einigen Wochen bietet der „Allgemeine Telex-Bundes-Branchen-Register und Adreßbuch-Druck und Verlag, Berlin“ die Aufnahme in ein sogenanntes „Ärztbuch, Ausgabe 1976“ an. Das Anschreiben ist so raffiniert aufge-

macht, daß man bei flüchtigem Durchsehen den Eindruck haben kann, es handele sich um eine Rechnung.

Die Kollegen werden daher dringend davor gewarnt, auf einen derartigen Trick hereinzufallen; ihnen wird insbesondere empfohlen, bei Schriftstücken dieser Art immer genau auf die häufig sehr verklausulierten Formulierungen zu achten.

Wie aus dem Namen dieses Verlages hervorgeht, befaßt er sich nicht nur mit der Herausgabe des „Ärztbuches“, sondern versucht auch, Personen und Firmen, die über Telexanschlüsse verfügen, zu einer Anzeige in seinem Register zu veranlassen.

Diese Zusammenstellung ist für den Arzt überflüssig und für die Telexteilnehmer nur mit Kosten verbunden: Die Post gibt nämlich jährlich ein Verzeichnis der Telexteilnehmer kostenlos — wie für Fernsprechteilnehmer — heraus.

Im übrigen hat die Bundespost ebenfalls vor solchen Unternehmen gewarnt. pb/BÄK

Ersatzkassen: Mehr Sozialstationen — weniger Krankenhausbetten

In der Errichtung neuer Sozialstationen und in dem Ausbau der Gemeindekrankenpflege sieht der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) in Siegburg eine weitere geeignete Möglichkeit zur Eindämmung der Krankenhauskosten. Voraussetzung für den Ausbau der Sozialstationen sei jedoch der Abbau der Krankenhausbetten und des Personalbestandes in den Krankenhäusern.

Der VdAK lehnt eine pauschale Finanzierung der Sozialstationen durch die Krankenkassen ab; er befürwortet eine Vergütung nach Maßgabe der Inanspruchnahme. DÄ

Eid des Hippokrates abgeschafft

Die Regierung der DDR hat für ihre Ärzte die älteste Eidesformel der Welt, den Eid des Hippokrates, abgeschafft. Von 1976 an müssen Medizinstudenten in der DDR nach dem Staatsexamen feierlich geloben: „... in hoher Verpflichtung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft, eng verbunden mit der DDR, seinem Vaterland, alles Wissen dem Schutz und der Verbesserung der Gesundheit sowie der Heilung und Verhütung von Krankheiten zu widmen“. Die Ärzte in der DDR werden mit dem neuen Eid verpflichtet, „sozialistische Ärzte“ zu sein.

Der Grund für diese Änderung wird vor allem darin liegen, daß der Eid des Hippokrates die Formel enthält: „Ich werde keine anderen Gesetze anerkennen als die der Menschlichkeit.“ zel

Unbewältigter Bildungszuwachs

Den Hochschulen der DDR ist es bisher nicht gelungen, mit dem Zuwachs an Wissen und an Bildungsfähigkeit der Jugend fertig zu werden, erklärte der Rektor der Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Eberhard Poppe. Er wandte sich gegen eine Reglementierung der wissenschaftlichen Ausbildung an den Universitäten der DDR durch zentral geplante und bis ins Detail festgelegte Lehrprogramme.

Die Form des Studiums in der DDR werde durch genaue Festlegungen hinsichtlich Wissensmaß und der Vermittlungsart, der Lehrprogramme, Studentafeln, Prüfungen und exakten zeitlichen Begrenzungen eingeengt und den Studenten die Möglichkeit genommen, ihre Ideen, Talente, Begabungen und Fähigkeiten durch individuell zugeschnittene Studiengänge frei und schöpferisch zu entfalten. zel